



## **NIEDERSCHRIFT**

### **14. Sitzung (VIII. Wahlperiode) Hauptausschuss**

Sitzungsdatum:  
**Dienstag, 07.02.2012**

Beginn:  
**16:00 Uhr**

Sitzungsort:  
**Schulungsraum Feuerwache,  
41352 Korschenbroich**

### **Tagesordnung:**

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen VIII/540  
b) Beratungen über die 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010
4. Stellen- und Organisationsplan 2012 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe VIII/531.1
5. Mitteilungen
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Mitteilungen
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## Anwesenheitsliste

### 14. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 7. Februar 2012, 16:00 Uhr

---

#### Anwesend:

#### **Ausschussvorsitzender**

Dick, Heinz Josef

#### **CDU-Ratsfraktion**

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Fonk, Petra

(als Vertreterin für Heimanns, Hans-Bert)

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Roden, Erwin

(als Vertreter für Lieser, Wolfgang)

Venten, Marc

#### **SPD-Ratsfraktion**

Jahny, Paul

Richter, Albert

Romann, Barbara

(als Vertreterin für Neumann, Max)

#### **Ratsfraktion Die Aktive**

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

#### **FDP-Ratsfraktion**

Trautermann, Herbert

Wolf-Kluthausen, Hanne

#### **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Houben, Wolfgang

#### **Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW**

Makowiack, Bernd

#### **Von der Verwaltung anwesend**

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Gleichstellungsbeauftragte, Brieske, Angelika

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Stadtamtsrat Schröder, Achim

Stadtinspektor Raddatz, Felix

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 14. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

- I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

## **II. Öffentlicher Teil**

### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtinspektor Felix Raddatz einstimmig bestellt.

### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel einstimmig benannt.

### **3. a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen b) Beratungen über die 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010**

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert einleitend die neueste Entwicklung der Haushaltsplanung für 2012. Er informiert über Änderungen im Ergebnisplan sowie im Finanzplan. Im Einzelnen verweist er auf eine Erhöhung der Jugendamtsumlage durch den Rhein-Kreis Neuss um 83.653,00 € auf nun 4.849.653,00 €. Weiterhin stellt er klar, dass aufgrund des aktuellen Defizits sowie der Kassenkredite wenig Spielraum für zusätzliche Maßnahmen gegeben sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick schlägt dem Hauptausschuss vor, die Haushaltsberatungen anhand einer von ihm erstellen Agenda vorzunehmen. In dieser seien die verschiedenen Haushaltsanträge der Fraktionen zu übergeordneten Themenbereichen zusammengefasst. Die Haushaltsberatungsagenda ist der Niederschrift als Anlage 1 und wesentlicher Bestandteil beigefügt. Im Übrigen sind die Anträge der Ratsfraktionen zum Haushalt 2012 dieser Niederschrift als Anlage 2 bis 5 (CDU/SPD, Die Aktive, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) und wesentlicher Bestandteil beigefügt.

### **3 a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen**

#### **3.1. Breitbandversorgung (CDU/SPD, Die Aktive)**

Bürgermeister Heinz Josef Dick beziffert die erste Kostenschätzung auf rd. 300.000,00 €. Der städtische Anteil an diesen Kosten betrage aus heutiger Sicht 30.000,00 €, also 10 %.

## Niederschrift/ Öffentlicher Teil

14. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 07.02.2012

Seite 4 von 20

Ausschussmitglied Marc Venten begründet den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD mit der derzeitigen Unterversorgung der relevanten Stadtteile. Er stellt fest, dass die Förderung durch das Land, die aktuell 90 % betrage, wahrgenommen werden sollte. Einen Anteil von 10 % müsse die Stadt selber beitragen. Im Übrigen sei aus seiner Sicht kein Anbieter zu erkennen, der die Breitbandversorgung kostenlos herstellen würde.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu. Er betont, dass bei Realisierung des Zuschusses durch die Stadt eine Einsparung im Haushalt an anderer Stelle in gleicher Höhe (30.000,00 €) erfolgen sollte.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen schließt sich der Meinung von Hanns-Lothar Endell an.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack bezeichnet die Diskussion um die Breitbandversorgung als Luxusproblem. Er fragt nach, warum nicht die Bürger analog zu Ertverbandmodell an den Kosten mitbeteiligt werden sollen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass die Antragsregeln ausdrücklich eine städtische Beteiligung vorschrieben.

Ausschussmitglied Paul Jahny betrachtet die Herstellung der Breitbandversorgung in den diskutierten Stadtteilen als zwingende Notwendigkeit. Er hofft, dass sich ggf. doch im Marktbefragungsverfahren ein Anbieter fände, der die Breitbandversorgung kostenlos herstellt.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze informiert den Hauptausschuss auf die Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von 300.000,00 €, die zusammen mit dem Zuschussanteil des Landes im Haushalt brutto veranschlagt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt zum besseren Verständnis klar, dass die im Haushaltsantrag von CDU und SPD genannten Stadtteile für eine Breitbandversorgung den Stadtteilen, die im Antrag der Fraktion Die Aktive genannt sind, entsprechen. Es handelt sich um Drölsholz, Liedberg, Steinhausen und Steinforth-Rubbelrath.

Ausschussmitglied Erwin Roden fragt nach, ob zukünftig auch andere Gebiete im Stadtgebiet mit Breitband versorgt werden müssten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick antwortet, dass grundsätzlich das Stadtgebiet gut abgedeckt sei. Hinsichtlich des Gewerbegebietes Hasseldamm sei eine Förderung durch Landesmittel nicht möglich.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.1</b>	<b>Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig die Bereitstellung von 30.000,00 € für die Breitbandversorgung in Drölsholz, Liedberg, Steinhausen und Steinforth-Rubbelrath.	

### **3.2 Straßenbeleuchtung (CDU/SPD)**

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD zum Thema Straßenbeleuchtung. Dieser Antrag beinhaltet drei Vorschläge:

- Erhöhung des Ansatzes von 60.000,00 € auf 240.000,00 € (vorziehen der Mittel 2012 bis 2015)
- Verwendung von LED-Beleuchtung in Neubaugebieten
- Bericht zur Umstellung im Bauausschuss

Ausschussmitglied Albert Richter stellt die Wirtschaftlichkeit von LED-Beleuchtung am Beispiel der Stadt Kaarst dar. Zielsetzung sei es, die Gesamtkosten der Beleuchtung zu reduzieren. Im Anschluss weist er darauf hin, dass zunächst die Prüfung der Förderung der Maßnahme mit Zuschussmitteln geklärt werden müsse. Erst danach könne eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit bezüglich des Haushaltsantrages getroffen werden. Zwar wiesen Berechnungen der SPD-Fraktion laut Herrn Richter die Wirtschaftlichkeit nach, allerdings wolle man dennoch eine Prüfung im Bauausschuss zum Thema LED-Beleuchtung abwarten.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bezieht sich auf die aktuellen Planungen der Verwaltung zum Thema Straßenbeleuchtung. Demnach sei es die Zielsetzung, bis zum Jahre 2015 die kompletten Lampenköpfe auszutauschen und mit neuen energieeffizienten Technologien zu versehen. Insgesamt handelte es sich um 350 Leuchten. Herr Onkelbach fährt fort, dass die Verwaltung zurzeit eine Umstellung der Beleuchtungstechnologie von HQL auf NAV durchführt. Hinsichtlich der Einführung von LED-Technik weist er darauf hin, dass die Beleuchtungsanlagen dann in einem näheren Abstand aufgestellt werden müssten. Ein diesbezüglicher Bericht soll noch im Bauausschuss erfolgen. Vor dem Hintergrund der Zielsetzung, möglichst viele Leuchten zu erneuern, weist Herr Onkelbach daraufhin, zunächst keine Umstellung bestehender Leuchten auf LED durchzuführen. Anschließend bezieht er sich auf die bereits von Ausschussmitglied Albert Richter angesprochenen Zuschüsse und beziffert diese auf 25 %.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell fragt nach, wie viele Mittel bei der beantragten Vorziehung des Geldes gespart werden können.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach weist diesbezüglich auf den bevorstehenden Bericht im Bauausschuss hin. Er ergänzt, dass im Übrigen beispielsweise die Stadt Dormagen zunächst auch nicht auf LED umstellt, sondern genauso wie Korschenbroich von HQL auf NAV.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass eine Entscheidung nach dem Bericht im Bauausschuss herbeigeführt werden sollte.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben schließt sich dem an.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.2</b>	<b>Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, die Erhöhung des Ansatzes für Straßenbeleuchtung von 60.000,00 € auf 240.000,00 € (Vorziehen der Mittel 2012 bis 2015) sowie die Verwendung von LED-Beleuchtung in Neubaugebieten. Ein diesbezüglicher Bericht zur Umstellung auf LED-Beleuchtung soll im Bauausschuss erfolgen.	

### 3.3. Hallenbad/Kultur

#### 3.3.1 Prüfungsauftrag zur Senkung des Zuschussbedarfes (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten spricht die Erhöhung des Zuschussbedarfes für das Hallenbad gemäß Haushaltsplanung 2012 im Vergleich zur Planung 2011 an. Er stellt den Betrieb des Hallenbades als freiwillige Leistung heraus, betont aber, dass eine Aufgabe des Hallenbades keinesfalls erwünscht sei. Daher sei der gemeinsame Antrag von CDU und SPD als reiner Prüfungsauftrag an die Verwaltung zu verstehen.

Ausschussmitglied Jutta Goebel weist daraufhin, dass über diese Thematik bereits im Schulausschuss gesprochen worden sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass es sich bei der damaligen Diskussion um eine andere Zielvorstellung gehandelt habe, nämlich den Anteil für Bevölkerungsschwimmen zu erhöhen.

Ausschussmitglied Jutta Goebel unterstreicht, dass auch die damalige Diskussion im Schulausschuss die gleiche Intention wie der Antrag von CDU und SPD hätte, nämlich die Senkung des Zuschussbedarfes.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben fragt nach, ob mit dem Haushaltsantrag auch eine Erhöhung der Eintrittspreise gemeint sei.

Ausschussmitglied Marc Venten erklärt, dass dies möglich sei.

Ausschussmitglied Albert Richter stellt klar, dass sowohl die Einnahmen-, als auch die Ausgabenseite betrachtet werden sollte. Die seinerzeit geführte Diskussion im Schulausschuss stelle lediglich einen „Mosaikstein“ der Betrachtung dar. Er wünsche sich insbesondere eine offene Debatte zu diesem Thema. Daraufhin meldet Ausschussmitglied Wolfgang Houben Bedenken gegen die mögliche Erhöhung der Eintrittspreise an.

Ausschussmitglied Marc Venten unterstreicht daraufhin nochmals, dass es sich bei dem Antrag lediglich um einen Prüfungsauftrag an die Verwaltung handelte und selbstverständlich immer eine Abwägung der Maßnahmen erforderlich sei.

Ausschussmitglied Jutta Goebel stellt die Frage in den Raum, welche konkreten Möglichkeiten, den Zuschussbedarf für das Hallenbad zu reduzieren, tatsächlich bestünden.

Daraufhin nennt Ausschussmitglied Albert Richter zu dieser Zielsetzung einige Vorschläge, beispielsweise Effektivitätssteigerungen und Mehreinnahmen durch Preis- und Zeitdifferenzierungen hinsichtlich des Angebotes.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.3</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 13 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung bei drei Stimmenthaltungen von Die Aktive und Bündnis 90/Die Grünen, Möglichkeiten der Senkung des Zuschussbedarfes für das Hallenbad zu prüfen.	

### 3.3.2 Theater, Konzerte und Ausstellungen – Modell Tönisvorst (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert das im Haushaltsantrag vorgestellte Referenzmodell in Tönisvorst. Dort werde im Bereich Kultur der Großteil der Arbeit durch Ehrenamtler wahrgenommen. Diese erhielten unter anderem finanzielle Unterstützung durch die Sparkassenstiftung. Durch die Auflösung des Kulturamtes würde die Stadt Tönisvorst dadurch Einsparungen erzielen können. Frau Wolf-Kluthausen spricht sich dafür aus, die Einführung dieses Modells in Korschenbroich prüfen zu lassen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist auf die vielseitige Arbeit des Kulturamtes Korschenbroich hin. Er gibt Beispiele für diverse Kooperationen zwischen Bürgerschaft und Kulturamt und macht klar, dass er für Vorschläge der Optimierung der Arbeit immer offen sei. Die Recherche der Verwaltung habe allerdings ergeben, dass die Stadt Tönisvorst im Bereich Kultur trotz der Realisierung des beschriebenen Modells einen Zuschussbedarf von 100.000,00 € benötigte und zudem eine Stadtbibliothek mit einem Zuschussbedarf von insgesamt 400.000,00 € betreiben würde. Dagegen stünde die Stadt Korschenbroich mit der im letzten Jahr beschlossenen Deckelung des Zuschussbedarfes für Kultur auf 120.000,00 € gut dar. Wichtig sei für ihn, dass das Ehrenamt in Korschenbroich nicht überfordert wird.

Ausschussmitglied Albert Richter lenkt den Fokus der Betrachtung auf den Haushalt der Stadt Korschenbroich. Das vorgeschlagene Modell der FDP sieht er für Korschenbroich als ungeeignet an, Einsparungen zu erzielen. Im Übrigen habe man bereits letztes Jahr im Bereich der Kultur Einsparungen vorgenommen, in dem man den Zuschussbedarf auf 120.000,00 € deckelte. Er ergänzt, dass er die Anregung der Fraktion FDP begrüßt, dennoch sähe er die praktische Relevanz für die Stadt Korschenbroich nicht gegeben.

Ausschussmitglied Marc Venten betont, dass das Kulturamt der Stadt Korschenbroich bereits jetzt auf Grundlage eines geringen Budgets gute Arbeit abliefern. In dem angesprochenen Zuschussbedarf in Höhe von 120.000,00 € seien hauptsächlich Personalkosten enthalten. Von daher sähe er wenig Spielraum, weitere Einsparungen vorzunehmen.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.4</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 2 Stimmen dafür 10 Stimmen dagegen 4 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt die Umstrukturierung des Kulturbereiches nach dem Referenzmodell Tönisvorst bei zwei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion sowie Stimmenthaltung der Fraktionen Die Aktive und Bündnis 90/Die Grünen und Stimmenthaltung von Ausschussmitglied Erwin Roden ab.	

### **3.4. Feuerwehr**

#### **3.4.1. Feuerwache Glehn: Reduzierung des Ansatzes auf je 140.000,00 € (Die Aktive)**

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag seiner Fraktion und bezieht sich auf den Brandschutzbedarfsplan der Stadt Korschenbroich. Er stellt heraus, dass die beabsichtigte Fahrzeugbeschaffung für diese Feuerwache erst später erfolgt. Demnach würde eine geplante Garage zunächst nicht benötigt werden.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bezieht sich ebenfalls auf den Brandschutzbedarfsplan und stellt das Ziel der Kostenminimierung in den Vordergrund. Jedoch sei man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in der Lage, die Kosten des Projektes konkret zu nennen. Daher empfiehlt er, die derzeit veranschlagten Haushaltsmittel unverändert zu lassen, und eine diesbezügliche Entscheidung später herbeizuführen.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht sich für die Realisierung des Antrages Der Aktiven in Form eines Sperrvermerkes aus, bis hinsichtlich des Bauumfanges/Kosten Klarheit herrscht.

#### **3.4.2. Pesch: Vorziehen im Finanzplan um ein Jahr (Die Aktive)**

Mit Blick auf den Brandschutzbedarfsplan sieht Ausschussmitglied Paul Jahny keine Notwendigkeit der Verschiebung der Zeitplanung.

Auch Ausschussmitglied Marc Venten erklärt, dass seine Fraktion diesem Antrag Der Aktiven nicht zustimmen könne.

#### **3.4.3. Zuschüsse Kameradschaftskasse als pauschalierter Auslagenersatz (Die Aktive)**

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag seiner Fraktion. Vor dem Hintergrund der vor einem Jahr erfolgten Kürzung dieser Zuschüsse um 20 % sähe er noch weiteren Handlungsbedarf, um den Zuschuss transparenter zu machen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bezeichnet den erläuterten Vorschlag als möglich. Er weist allerdings daraufhin, dass in dem relevanten Betrag von 7.500,00 € bereits ein Zuschuss an die Jugendfeuerwehr in Höhe von 1.000,00 € enthalten ist. Daher kann lediglich der Betrag 6.500,00 € pauschal ausgezahlt werden.

Sowohl Ausschussmitglied Paul Jahny, als auch Ausschussmitglied Marc Venten, signalisieren ihre Zustimmung zu dem Antrag Der Aktive.

Der Hauptausschuss ist sich einig, über die behandelten Punkte 3.4.1 und 3.4.3 zusammen abzustimmen. Für den Antrag Die Aktive in 3.4.2 (Pesch) wird eine separate Abstimmung beantragt.



<b>Beschluss-Nr. VIII/540.5</b>	<b>Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig die für die Baumaßnahme Feuerwache Glehn veranschlagten Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis hinsichtlich des Bauumfanges/Kosten Klarheit herrscht.</p> <p>Ferner empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat die Zuschüsse an die Kameradschaftskasse in Höhe von 6.500,00 € als pauschalierten Auslagenersatz zu gewähren sowie einen Zuschuss an die Jugendfeuerwehr in Höhe von 1.000,00 € separat auszuweisen.</p>	

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.6</b>	<b>Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss lehnt den Antrag Der Aktiven, die Mittel für die Feuerwache Pesch im Finanzplan um ein Jahr vorzuziehen, bei zwei Ja-Stimmen Der Aktiven ab.</p>	

### 3.5 Finanzen

#### 3.5.1 Schuldenbremse (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell geht auf die aktuelle Haushaltssituation ein und gibt einen Ausblick auf die folgenden Jahre. Er spricht sich insbesondere für einen Abbau der Kassenkredite aus und fordert diesbezüglich die Festlegung einer verbindlichen Schuldenbremse.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze spricht die bindende Aufgabenvorgabe für Kommunen an und erklärt, dass er die Einführung der geforderten Schuldenbremse auf kommunaler Ebene für nicht durchführbar hält.

Ausschussmitglied Albert Richter bezeichnet die Forderung Der Aktive als plakativ. Er spricht sich zudem gegen den Antrag aus, da bereits ein Haushaltssicherungskonzept mit ähnlichen Zielsetzungen existiere sowie die Installation verbindlicher Bestrafungsmechanismen einer Schuldenbremse kaum realisierbar sei. Seiner Ansicht nach müssten Sparvorschläge vielmehr konkret benannt und diskutiert werden. Mit einer Schuldenkürzung gehe immer eine Streichung von Leistungen einher.

Ausschussmitglied Peter Berger bezeichnet die Forderung Der Aktive als Populismus. In Anlehnung an seinen Vorredner sieht auch er eine Auseinandersetzung mit konkreten Einsparvorschlägen als unabdingbar an. Zudem sähe er wenig Spielraum zur Kürzung von Leistungen, da die Kommune mindestens zu 90 % Pflichtaufgaben erfüllen müsste.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bestätigt die Auffassung von Herrn Richter und Herrn Berger. Sie unterstreicht die Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt klar, dass insbesondere Überschüsse zum Abbau von Kassenkrediten verwendet werden sollten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick spricht das seiner Meinung nach im Rat vorhandene Sparbewußtsein an. Die Prognose von Jahresergebnissen sei schwierig, da die Stadtverwaltung sowohl von Veränderungen in der Wirtschaft, als auch von Veränderungen in der Politik abhängig sei.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben schlägt vor, konkrete Einsparvorschläge zu benennen. Mit Bezug auf den Antrag der Fraktion Die Aktive stellt er klar, dass die dort ins Spiel gebrachte Schuldenreduzierung in Höhe von jährlich 1,25 Mio. nicht realisierbar sei, da der Betrag der freiwilligen Leistungen der Stadt Korschenbroich sogar unter diesem Betrag liege.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.7</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>2 Stimmen dafür</b> <b>14 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Fraktion Die Aktive, eine Schuldenbremse zur Reduzierung der neuen Kassenkredite um jährlich 25 % (1,25 Mio.) einzuführen, mehrheitlich bei zwei Ja-Stimmen Der Aktive ab.	

### 3.5.2 Windkraftsteuer (Die Aktive)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert einleitend, dass die zur Zeit im Stadtgebiet Korschenbroich vorhandenen Windkraftanlagen von zwei verschiedenen Unternehmen betrieben werden. Ein Betreiber zahlt derzeit eine Gewerbesteuer in fünfstelliger Höhe, während der zweite Betreiber derzeit keine Gewerbesteuer zahlt. Im Anschluss daran nennt Herr Schultze die Stadt Luckau in Brandenburg, die sich derzeit in einem Rechtsstreit mit dem Land Brandenburg bezüglich der Einführung einer Windkraftsteuer befindet. Im Übrigen sei die Rechtslage zur Einführung von Windkraftsteuern zurzeit völlig offen. Daher empfiehlt er, zunächst keine Aktivitäten in diese Richtung zu unternehmen.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht sich gegen den Vorschlag Der Aktive aus. Er sähe einen Widerspruch darin, auf der einen Seite Windkraft durch Submissionen zu fördern, auf der anderen Seite zusätzlich zu besteuern. Er sieht die Stadt in der Verantwortung, den Weg hin zu regenerativen Energien zu unterstützen und nicht zu bremsen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt klar, dass mit dem Antrag seiner Fraktion keineswegs eine Ablehnung der Windkraft verbunden sei. Jedoch schätzt er den ökologischen Nutzen von Windkraft für die Stadt Korschenbroich als eher gering ein.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezieht sich auf ein Gutachten, welches besagt, dass die Stadt Korschenbroich ausreichend Wind bietet, um derartige Anlagen betreiben zu können. Wie bereits sein Vorredner Marc Venten spricht sich auch er dafür aus, den Weg hin zu regenerativen Energien zu fördern statt zu besteuern.

Ausschussmitglied Paul Jahny bezweifelt den Nutzen einer Windkraftsteuer für Korschenbroicher Einwohner.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.8</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>2 Stimmen dafür</b> <b>14 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich bei zwei Ja-Stimmen der Fraktion Die Aktive den Antrag der Fraktion Die Aktive, die Einführung einer Steuer auf Windkraftanlagen zu prüfen, ab.	

### 3.5.3 Sportstättenfinanzierung (Die Aktive)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze weist den Hauptausschuss darauf hin, dass eine Auseinandersetzung mit der Thematik durch die Stadtverwaltung bereits erfolgt ist. Seinerzeit erteilte das Finanzamt der Stadt mit Hinweis auf die bevorstehenden Gesetzesänderungen keine verbindliche Auskunft. Des Weiteren erläutert Herr Schultze die Situation in Coesfeld, auf welche sich die Fraktion Die Aktive in der Begründung ihres Haushaltsantrages u. a. bezieht. Dort sei eine Entscheidung des Finanzamtes bisher noch nicht erfolgt. Herr Schultze sagt zu, in einem der nächsten Hauptausschusssitzungen über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Ausschussmitglied Jutta Goebel schlägt vor, den fachkundigen Referenten Herrn Schmidt zu einer Sitzung des Hauptausschusses einzuladen, um über die Thematik zu diskutieren.

Ausschussmitglied Wolfgang Kauerz erwidert, dass der besagte Referent bereits vom Stadtsportverband eingeladen wurde. Im Übrigen sei die Auffassung des Referenten zum Teil nicht nachvollziehbar.

Der Amtsleiter des Amtes für Finanzen, Herr Königsmark, spricht die damals erfolgten Prüfungen durch die Verwaltung an. Der in diesem Zusammenhang ermittelte maximal zu erzielende Ertrag wurde mit 45.000,00 € angegeben. Des Weiteren weist Herr Königsmark den Hauptausschuss auf die Gefahr hin, dass es ggf. bei Realisierung des Antrages von Die Aktive dazu kommen könnte, dass die Stadtverwaltung Alles, was momentan als private Vermögensverwaltung angesehen wird, gewerblich zu klassifizieren habe und somit einer Besteuerung unterliege. Dies könne im schlimmsten Falle dazu führen, dass der Stadt im Endeffekt deutliche finanzielle Nachteile entstehen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick plädiert dafür, zunächst abzuwarten. Er teilt mit, dass beispielsweise der Städte- und Gemeindebund in der diskutierten Thematik zurzeit große Rechtsunsicherheit sieht.

Ausschussmitglied Paul Jahny erklärt, dass er keine Notwendigkeit sieht, den Referenten Herrn Schmidt erneut einzuladen. Darauf hin zieht Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell den Antrag der Aktiven zurück und empfiehlt eine Thematisierung der Diskussion in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen.

### 3.5.4. Konzernbilanz (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der Fraktion FDP.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze teilt mit Bezug auf § 116 Gemeindeordnung NRW mit, dass die gemeindliche Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses bereits be-

steht und die erstmalige Aufstellung zum 31.12.2010 durch die Stadt Korschenbroich erfolgen wird. Diesem Konzernabschluss werde weiterhin der gewohnte Beteiligungsbericht als Anlage beigefügt.

Zu dem Antrag der Fraktion FDP erfolgt keine Abstimmung.

### **3.6 Rat**

#### **3.6.1 Verkleinerung des Stadtrates auf 38 Mitglieder (Die Aktive)**

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell weist daraufhin, dass seine Fraktion diese Forderung schon mehrmals kommuniziert hätte. Der erneute Antrag im Hauptausschuss stelle eine Art Erinnerungsposten dar.

Ausschussmitglied Marc Venten fragt nach, ob zu diesem Haushaltsantrag überhaupt eine Abstimmung erfolgen soll. Schließlich gelte der im letzten Jahr festgestellte Beschluss immer noch. Im Übrigen könne eine Verkleinerung des Stadtrates, wie beantragt, aktuell aufgrund der gesetzlichen Vorschriften ohnehin nicht beschlossen werden.

Daraufhin erklärt Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell, dass über den Antrag seiner Fraktion jetzt nicht abgestimmt werden müsse.

#### **3.6.2 Kürzung Fraktionszuschüsse um weitere 10 % (Die Aktive)**

Ausschussmitglied Marc Venten bezieht sich auf die Beschlusslage im Herbst 2010 (Hauptausschuss 21.09.2010), wo bereits eine Kürzung der Fraktionszuschüsse um 10 % festgesetzt wurde. Grundsätzlich seien weitere Kürzungen in diesem Bereich möglich. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Höhe der Fraktionszuschüsse in Korschenbroich bereits jetzt im Umkreis den absoluten Tiefstwert bildete. Als Beispiele führt er die Fraktionszuwendungen in Jüchen und Kaarst an. Des Weiteren stellt er fest, dass es sich bei Fraktionszuschüssen keineswegs um freiwillige Leistungen der Stadtverwaltung handelte. Insofern sei in der Diskussion zwischen Fraktionszuschüssen und Vereinszuschüssen, die seinerzeit um 20 % gekürzt wurden, zu unterscheiden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben spricht von einer Signalwirkung der Fraktionszuschüsse an den Bürger. Er stellt heraus, dass es sich bei der Leistung dieser Zuschüsse sehr wohl um eine Pflichtaufgabe für die Stadt handelte, jedoch die Höhe dieser Zuwendungen individuell bestimmt werden könne.

Ausschussmitglied Paul Jahny erklärt, dass seine Fraktion einer erneuten Kürzung der Fraktionszuschüsse um 10 % zustimmt. Grundlage für diese weitere Kürzung müsse jedoch der im Herbst 2010 zugrunde gelegte Betrag der Fraktionszuschüsse sein, so dass sich eine insgesamt Kürzung der Fraktionszuschüsse im Vergleich zu 2010 in Höhe von 20 % nunmehr ergibt.

Die Ausschussmitglieder Hanns-Lothar Endell und Albert Richter sprechen der Kürzung von Fraktionszuschüssen ebenfalls eine positive Wirkung zu. Letzterer stellt klar, dass ein Vergleich von Fraktionszuschüssen und Vereinszuschüssen nicht sinnvoll sei.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack spricht sich für höhere Kürzungen als die vorgeschlagenen 10 % aus.

Entgegen des Tenors der anderen Fraktionen erklärt Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen, dass die FDP dem Antrag der Aktiven nicht zustimmen werde. Sie begründet

dies damit, dass die Fraktionszuschüsse die einzige Einnahmequelle für Fraktionen darstellen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben weist ergänzend darauf hin, dass es sich bei Fraktionszuschüssen ausschließlich um Zuwendungen für eine Fraktion handelte und nicht für eine Partei. Diesbezüglich müsse in der Diskussion differenziert werden.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.9</b>	<b>Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei zwei Nein-Stimmen der Fraktion FDP sowie einer Stimmenthaltung des Bürgermeisters, die Fraktionszuschüsse auf Grundlage der 2010 dargestellten Kosten um weitere 10 % zu kürzen.	

### 3.7 Organisation/Personal

#### 3.7.1 Prüfauftrag zur Wiedereingliederung Stadtpflege (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert den Haushaltsantrag. Am Beispiel der Stadt Dinslaken stellt er dar, dass die Wiedereingliederung des Aufgabenbereiches Stadtpflege durchaus wirtschaftlich sein kann. Daher solle auch die Stadt Korschenbroich prüfen, inwieweit diesbezüglich personelle Synergien sowie Personaleinsparungen erzielt werden können.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze sagt zu, dass eine derartige Prüfung geleistet werden könnte. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Wirtschaftlichkeit der Wiedereingliederung Stadtpflege durchaus fragwürdig sei. Im Übrigen hätten mehrere Gutachten (z. B. GPA) in der Vergangenheit gezeigt, dass die Stadtpflege in der derzeitigen Organisationsform als Eigenbetrieb effektiv arbeitet.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.10</b>	<b>Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung einstimmig, die Wiedereingliederung des Eigenbetriebes Stadtpflege in die Kernverwaltung zu prüfen.	

#### 3.7.2 Absetzung einer Planstelle der Wertigkeit A 13 h.D. (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bezieht sich auf das durch die Verwaltung erstellte Personalentwicklungskonzept und spricht das Freiwerden einer Planstelle der Wertigkeit A 13 h.D. an.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt klar, dass es sich bei der angesprochenen Stelle nicht um eine Amtsleiterstelle handelte, gleichwohl aber um eine hochwertige Stelle. Hinsichtlich der zukünftigen Aufgabenverteilung sieht er noch klärungsbedarf. Ein KW-Vermerk sei aus seiner Sicht bezüglich der zur Disposition stehenden Stelle möglich. Alles Weitere zur Organisation sei durch die Verwaltung noch zu klären. Daher plädiere er dafür, eine etwaige Entscheidung zu vertagen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell ist mit dem Vorschlag von Bürgermeister Heinz Josef Dick, einen KW-Vermerk für die relevante Stelle einzurichten, einverstanden.

Da im Hauptausschuss zu der vorgeschlagenen Vorgehensweise Konsens herrscht, erfolgt hierzu keine Abstimmung.

### 3.7.3 Reporting Zentralisierung (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt die Vorteile eines regelmäßigen Berichtswesens zum Thema Verwaltungszentralisierung in den Vordergrund. Dies sei sowohl für Politik, als auch für Bürgerschaft wichtig, um eine möglichst hohe Transparenz der Kostenentwicklung zu gewährleisten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass mit den angesprochenen Aufgaben des Berichtswesens bereits ein Verwaltungsmitarbeiter beauftragt wurde. Regelmäßige Berichte würden in Kürze folgen.

Zu dem Antrag der Fraktion Die Aktive erfolgt keine Abstimmung.

### 3.7.4 Schließung der Verwaltungsnebenstelle Kleinenbroich (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell begründet den Haushaltsantrag der Aktiven damit, dass die Verwaltungsnebenstelle in Kleinenbroich seiner Einschätzung nach häufig geschlossen sei. Daher könne diese Nebenstelle der Verwaltung im Zuge der Verwaltungszentralisierung aufgegeben werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick betont, dass mit einer möglichen Aufgabe der Verwaltungsnebenstelle Kleinenbroich keine personellen Einsparungen verbunden seien. Lediglich die Kosten des Raumes in Höhe von 260,00 € würden jährlich eingespart werden. Zudem sieht der Bürgermeister die Schwierigkeit, die dann freiwerdenden Räumlichkeiten weiter zu vermieten. Zusammenfassend würde eine Schließung der Verwaltungsnebenstelle Kleinenbroich den Bürgerservice reduzieren und simultan keine Einsparung ergeben. Insofern sei dieser Antrag zunächst nicht weiter zu verfolgen.

Ausschussmitglied Albert Richter empfiehlt, in die Diskussion erst dann wieder einzusteigen, wenn sich die personelle Situation in diesem Verwaltungsbereich geändert hat.

Ausschussmitglied Erwin Roden spricht sich gegen eine Schließung der Verwaltungsnebenstelle Kleinenbroich aus. Ein Einsparpotential sei seiner Meinung nach nicht gegeben. Bestätigt wird er in seiner Auffassung sowohl von Hanne Wolf-Kluthausen, als auch Bernd Makowiack.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben ergänzt, dass man evtl. freiwerdende Räumlichkeiten der Verwaltungsnebenstelle Kleinenbroich zunächst sowieso nicht anderweitig Nutzen könne.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.11</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>2 Stimmen dafür</b> <b>14 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Fraktion Die Aktive, die Verwaltungsnebenstelle Kleinenbroich zu schließen, bei zwei Ja-Stimmen der Aktiven ab.	

### **3.7.5 Personalabrechnung / Lohnbüro (FDP)**

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bezieht sich auf ein Angebot des Rhein-Kreises Neuss aus dem Jahre 2010 zur Übernahme des Lohnbüros. Mit Hinblick darauf, dass in 2012 in der Personalabteilung der Stadtverwaltung zwei Stellen frei werden, könnte sich diese Option als wirtschaftlich darstellen lassen.

Der Amtsleiter des Amtes für Zentrale Dienste, Herr Drohen, bezeichnet die vorgeschlagene Möglichkeit als nicht wirtschaftlich. Er begründet dies damit, dass evtl. Einsparungen beim Personal durch die erforderlichen Zahlungen an den Kreis kompensiert würden. Mit Bezug auf die Feststellungen des damaligen GPA-Berichtes 2008 und die aktuelle Personalplanung der Stadt Korschenbroich weist er jedoch darauf hin, dass ein Abbau im Personalbereich gleichwohl in den nächsten Jahren diskutiert werden könne.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bestätigt die Auffassung seines Vorredners. Er begrüße grundsätzlich den Gedanken der interkommunalen Zusammenarbeit, solange dies zu wirtschaftlichen Ergebnissen führe. Dies sei beim Lohnbüro derzeit nicht gegeben.

Zu dem Antrag der Fraktion FDP erfolgt keine Abstimmung.

### **3.7.6 Open Source Software (FDP)**

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert die Nutzung der sogenannten Open Source Software als Alternative zu Microsoft Office. Eine Überprüfung der Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung sei daher sinnvoll.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass die Verwaltung zurzeit einige Programme im Einsatz hätte (z. B. PV-Rat), die zwingend Microsoft Office als Basis benötigen. Eine Umstellung auf Open Source Software, wie beantragt, sei daher nicht zeitnah zu realisieren. Im Übrigen handelte es sich bei Microsoft Office um ein Standardprogramm.

Zu dem Antrag der Fraktion FDP erfolgt keine Abstimmung.

## **3.8 Interkommunale Zusammenarbeit**

### **3.8.1 Auslagerung Stadtarchiv (FDP)**

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der Fraktion FDP.

Bürgermeister Heinz Josef Dick spricht sich gegen den Vorschlag der FDP-Fraktion aus. Er weist darauf hin, dass das Stadtarchiv häufig von Publikum frequentiert werde. Als Beispiel führt er an, dass alleine in 2011 über 210 Anfragen im Themenbereich Chroniken erfolgt seien. Dieses Publikum müsste im Falle einer Auslagerung des Stadtarchivs ggf. nach Dormagen geschickt werden. Im Folgenden stellt Bürgermeister Heinz Josef Dick die Funktion des Stadtarchivs als sogenanntes „Zwischenarchiv“ heraus. So würde derzeit ein Anteil von 7/8 der Archivkapazität für die Aufbewahrung von Unterlagen der Fachämter genutzt werden. Lediglich zu 1/8 würde das Archiv als sogenanntes „historisches Archiv“ genutzt werden. Die Auslagerung dieses Achtels sei seiner Meinung nach nicht lohnenswert. Abschließend weist er darauf hin, dass beispielsweise auch Dormagen ein eigenes Zwischenarchiv unterhält.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack untermauert die Ausführungen des Bürgermeisters zusätzlich damit, dass bei einer Zentralisierung von Archiven immer die Gefahr des Abbrennens bzw. des Zerstörens aller zentral aufbewahrter Unterlagen bestünde.

Zu dem Antrag der Fraktion FDP erfolgt keine Abstimmung.

### **3.8.2 Übertragung Trägerschaft Kitas auf den Rhein-Kreis Neuss (FDP)**

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen weist darauf hin, dass der Antrag ihrer Fraktion nicht neu sei. Dennoch wünsche sie sich eine konkrete Wirtschaftlichkeitsüberprüfung.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass im Jahre 2003 bereits eine diesbezügliche Prüfung erfolgt sei. Das damals ermittelte Einsparpotential in Höhe von ca. 100.000,00 € sah der Rat als zu gering an, um die Übertragung der Trägerschaft der Kitas zu beschließen.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen betont, dass sich die Situation gegenüber damals verändert habe. In diesem Zusammenhang weist sie beispielsweise auf die neuen Vorschriften zur U-3 Betreuung hin.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt daraufhin, dass der Antrag der FDP zusätzlich auch 2010 beraten wurde. Seiner Meinung nach sei es derzeit unklug, eine Entscheidung für die Übertragung der Trägerschaft zu treffen. Er begründet seine Ansicht mit den aktuellen politischen Diskussionen im Kreisgebiet und empfiehlt, vorerst die diesbezügliche Entwicklung abzuwarten.

Ausschussmitglied Peter Berger kritisiert die FDP-Anträge als substanzlos und unbegründet.

Ausschussmitglied Albert Richter bezeichnet die jedes Jahr neue aufkommende Diskussion als nicht zielführend. Er sieht die Kindergärten als Kernbestandteil der Stadtverwaltung. Seine Fraktion vertrete daher die Auffassung, zunächst Ruhe zu bewahren.

Ausschussmitglied Marc Venten schließt sich der Auffassung seines Vorredners an. Er wünscht sich eine klare Festlegung des Hauptausschusses zu dieser Thematik, um Rechts- und Planungssicherheit u.a. für das beschäftigte Personal zu schaffen. Sobald sich die Voraussetzungen ändern sollten, sei eine erneute Diskussion sinnvoll.

Ausschussmitglied Albert Richter stellt nochmals ausdrücklich klar, dass die SPD in dieser Wahlperiode eine Übertragung der Trägerschaft Kitas auf den Rhein-Kreis Neuss ablehnt.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich nach dem Einsparpotential.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert, dass sich Einsparpotentiale aufgrund von unterschiedlichen Zuschusshöhen bei Stadt- oder Kreis-Trägerschaft ergeben könnten.

Ausschussmitglied Reinhard Brieske erläutert in Ergänzung dazu die Differenzierung zwischen öffentlicher Trägerschaft und privater Trägerschaft von Kindergärten. Seiner Meinung nach sollte die Einflussmöglichkeit der Stadt auf Kindergärten in jedem Fall erhalten bleiben.



Daraufhin erklärt Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen, dass der Antrag der FDP-Fraktion zunächst zurückgezogen wird. Jedoch solle das Thema später neu verhandelt werden.

### **3.9 Radwege (Bündnis 90/Die Grünen)**

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dieser ziele darauf ab, die Voraussetzungen für den Bau von Radwegen auf diversen Strecken zu schaffen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bezeichnet den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als wünschenswert. Anschließend macht er jedoch auf einige Schwierigkeiten hinsichtlich der Thematik aufmerksam. So handelte es sich bei der K 35 um eine Kreisstraße. Im Bereich Rheydter Straße sei die verkehrsrechtliche Umsetzung noch unklar. Auch die Realisierung auf der Hindenburgstraße sei seiner Meinung nach fragwürdig. Er schlägt daher eine Prüfung im Fachausschuss vor.

Daraufhin erklärt Wolfgang Houben, dass die vorgeschlagene Vorgehensweise von Herrn Onkelbach seine Zustimmung findet.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird auf den Bauausschuss verwiesen.

### **3.10 Lärmschutz (Bündnis 90/Die Grünen)**

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und erklärt die Notwendigkeit der Konzipierung einer Lärmschutzsatzung. Hierdurch ließe sich die Lebensqualität im Stadtgebiet deutlich fördern. Anschließend legt er der Verwaltung Muster von Lärmschutzsatzungen vor.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bezieht sich auf die zur Zeit diskutierten Lärmaktionspläne und empfiehlt, dass diesbezügliche Ergebnis der Beratungen im Umweltausschuss abzuwarten.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben entgegnet, dass der Antrag seiner Fraktion nicht auf die von Herrn Onkelbach angesprochenen Lärmaktionspläne abzielt. Eine parallele Abwicklung sei durchaus möglich.

Die Ausschussmitglieder Hanns-Lothar Endell und Hanne Wolf-Kluthausen schätzen den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als nicht sinnvoll ein. Letztere ergänzt, dass eine Lärmschutzsatzung schwer einzuhalten und zu sanktionieren wäre.

Ausschussmitglied Albert Richter erklärt, dass Nachbarschaft nicht durch derartige Vorschriften zu regulieren sei. Er schließt sich der Auffassung von Hanne Wolf-Kluthausen an, dass eine Satzung schwer durchsetzbar sei.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht sich gegen eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt aus. Zunächst solle man das von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Satzungsmodell prüfen und eine Beratung im Fachausschuss abwarten.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack macht zusätzlich darauf aufmerksam, dass die von Bündnis 90/Die Grünen verwendete Begrifflichkeit „Umgebungs-lärm“ schwer zu definieren sei.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.12</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>1 Stimmen dafür</b> <b>15 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Satzung zum Schutz gegen Umgebungslärm zu entwerfen, bei einer Ja-Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich ab.	

### 3.11 Parkraumbewirtschaftung (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert den Antrag seiner Fraktion und bezieht sich diesbezüglich auf eine Umfrage des Bundes der Steuerzahler.

Ausschussmitglied Marc Venten kritisiert, dass sich der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jedes Jahr wiederholen würde. Er stellt das gebührenfreie Parken im Ortskern als Standortvorteil der Stadt Korschenbroich heraus.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach ergänzt, dass gebührenpflichtiges Parken ggf. zu einer Verdrängung des Verkehrs in nahegelegene Wohngebiete führen könnte. Dies sei als höchst problematisch anzusehen. Zur Veranschaulichung macht er auf das Beispiel der Parksituation in der Willi-Hannen-Straße aufmerksam. Im Übrigen sei im gesamten Stadtgebiet der Stadt Korschenbroich kaum gebührenfreies Parken möglich.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540.13</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>1 Stimmen dafür</b> <b>15 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt zu prüfen, bei einer Ja-Stimme der Bündnis 90/Die Grünen ab.	

### 3.12 Spielplatz Rhedung (CDU/SPD)

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bezieht sich auf den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD und erläutert, dass diesbezüglich keine Mittel in den Haushalt 2012 eingestellt worden seien. Der Grund hierfür sei, dass die Vermarktung des Gebietes Fichtenstraße noch nicht abgeschlossen sei. Er sichert dem Hauptausschuss eine Mitteilung zu, sobald mit der Bebauung des Gebietes Fichtenstraße begonnen werde. Hinsichtlich des Spielplatzumbaus sowie der Herstellung einer Überquerungshilfe könne dann über eine außerplanmäßige Ausgabe beraten werden.

### 3.13 Kleinspielfeld Sportplatz Kleinenbroich (CDU/SPD)

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erklärt, dass im Haushalt 2012 hierfür keine Mittel vorgesehen werden.

Ausschussmitglied Albert Richter bekräftigt, dass die diesbezüglichen Kosten im Bauausschuss vorgestellt werden sollten.

Ausschussmitglied Jutta Goebel betont, dass ein Zaun zum Bach und zum Spielplatz errichtet werden sollte. Des Weiteren fragt sie nach, ob die derzeit kaputten Tore durch evtl. vorhandene Metalltore ersetzt werden können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt die Thematisierung im nächsten Bauausschuss zu.

### 3.14 Friedhof Pesch (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert die Anfrage seiner Fraktion.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach geht auf die Ausführungen seines Vorredners ein und entgegnet, dass die zur Disposition stehenden Flächen durchaus langfristig benötigt werden könnten. Wann dies der Fall ist, sei derzeit noch unklar.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze weist auf eine Vertragsklausel hin, nach welcher eine Vermarktung mittelfristig nicht durchführbar sei.

Zu der Anfrage der Fraktion Die Aktive erfolgt keine Abstimmung.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 11 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
3 a) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Aktiven, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 in der vorliegenden Fassung, unter Berücksichtigung der vom Hauptausschuss beschlossenen Änderungen, mit Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen.	
Zur Haushaltsausführung empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat, die im Produkt 01.13.10 – Baumaßnahmen – eingeplanten Mittel unter der Investitionsnummer I106000006 zur Finanzierung der Baumaßnahme „Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Glehn“ zu sperren. Vor einer Mittelfreigabe ist zunächst der Bauausschuss über den Umfang der Baumaßnahme und die Voraussichtlichen Kosten zu informieren.	

### 3 b) Beratungen über die 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze stellt einleitend klar, das aktuell die Chance auf ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept besteht.

<b>Beschluss-Nr. VIII/540</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 12 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
3 b) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat mit den Stimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen von Die Aktive und FDP, das Haushaltssicherungskonzept 2010 in der Fassung der 2. Fortschreibung zu beschließen.	

#### 4. Stellen- und Organisationsplan 2012 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist auf die bereits vorher beschlossene Einrichtung eines KW-Vermerkes bezüglich einer A 13 h.D. Stelle hin. Dies werde in dem nun zu beschließenden Stellen- und Organisationsplan 2012 mit berücksichtigt.

<b>Beschluss-Nr. VIII/531.1</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>16 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat, den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2012 sowie die Stellenpläne 2012 für den Städtischen Abwasserbetrieb und den für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen.</p> <p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zusätzlich, einen KW-Vermerk für eine freiwerdende Stelle der Wertigkeit A 13 h.D. einzurichten.</p> <p>Der Stellen- und Organisationsplan ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.</p>	

#### 5. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vor.

#### 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezeichnet die Informationen des Erftverbandes zu den Grundwasserständen als dürftig. Hierzu stellt er der Verwaltung Unterlagen zur Verfügung und bittet um Klärung.